Lage dieser deutschen Minderheiten zu arbeiten. Anderseits aber war es für den Minderheitenkongreß und seine ersprießliche Arbeitsmöglichkeit eine grundlegende Notwendigkeit, sein Programm so eng zu begrenzen, daß eine gemeinsame Plattform für alle Minderheitengruppen gefunden werden konnte. Das ist auch der Grund, weshalb auf dem vorjährigen ersten Minderheitenkongreß in Genf der Antrag der Ukrainer und Weißrussen auf Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in das Programm abgelehnt wurde.

Gewiß, das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist einer der feierlichsten Grundsätze, den die maßgebenden Weltmächte verkündet und mit dem sie nicht zuletzt das ermattete und von Illusionisten irregeleitete deutsche Volk zur Niederlegung der Waffen gebracht haben. Und kein Volk hat mehr Veranlassung dazu, als das deutsche, diesen Grundsatz wach- und hochzuhalten, um das wiederzuerlangen, was man ihm unter maßlosen Vertrags- und Rechtsbrüchen in Versailles geraubt hat. Aber man kann auch nicht verkennen, daß eine Aufnahme dieser nur zu berechtigten Forderung in das Programm der Minderheitenvereinigung nicht nur einen gefährlichen Trennungsstrich zwischen den Grenzlandvölkern und den zahlreichen Gruppen der Minderheitsinseln in den einzelnen Nationalstaaten gezogen, sondern auch das Ziel des Bundes, für alle Gruppen nationale Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, zunichte gemacht hätte. Denn nichts hören die Staaten, die größere Minderheiten in ihren Grenzen umschließen, so ungern, wie den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und nichts würde der Anbahnung einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen Staats- und Minderheitsvölkern größere Hindernisse entgegensetzen, als eine derartige programmatische Forderung. Das sogenannte Inselvolkstum, das heißt diejenigen nationalen Minderheiten, die ohne räumliche Zusammenhänge mit ihren Muttervölkern rings von einer fremden Nation umgeben sind, wüßten zudem nichts mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker anzufangen, da eine eigene Staatenbildung für sie nicht in Frage kommen kann. Die Deutschen im Banat und in Siebenbürgen, die zahlreichen Splitter von Magyaren, Ukrainern, Slowenen und andere Gruppen können ihr Ziel vielmehr nur in einer möglichst umfassenden Autonomie sehen. Um ihre Durchsetzung und Erhaltung geht für sie in erster Linie der Kampf. Und wenn auch die Grenzlandvölker, deren Gebiete unmittelbar an die Muttervölker grenzen und die nur durch politische Gewalt von ihnen abgetrennt worden sind, niemals auf die Forderung der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts verzichten, niemals den im Interesse sowohl der willkürlich zerschnittenen Länder wie im Interesse des europäischen Friedens überhaupt liegenden Vereinigungsgedanken aufgeben können, so befinden doch gerade sie sich zumeist durch eine brutale Unterdrückungspolitik der fremden Staaten in einer derartig bedrängten Lage, daß eine Durchsetzung der Forderungen, wie sie der Völkerbund der Minderheiten vertritt, ihnen wenigstens die Rechte auf eine Pflege und Erhaltung ihrer nationalen Eigenart sichern würde, die ihnen ohne Auswirkung in der Praxis in den Friedens- und Minderheitenverträgen zugesichert worden sind.

Die Erkenntnis dieser Gemeinsamkeit der Gegenwartsinteressen der beiden großen Gruppen von Minderheitsvölkern ist es, die auch die Vertreter der Grenzlandvölker nach Genf geführt hat, die auch die Sudetendeutschen und die Deutschen in Polen, Südtirol und Nordschleswig ein gutes Stück Weg mit der Gesamtheit der Minderheiten zusammengehen läßt und die dem geschlossenen Auftreten der 60 Abgeordneten von 50 Millionen Unterdrückten in Genf ein so bedeutsames Gepräge gibt. War die vorjährige konstituierende Tagung ein Ringen um die gemeinsame Basis aller Unterdrückten, so führte der diesjährige Kongreß auf der einheitlichen Grundlage bereits zu intensiver praktischer Arbeit, um einen „Sittenkodex der Völker" aufzustellen und ein sofort durchführbares Nationalitätenrecht zu schaffen, dessen Ziel ein im gemeinsamen Interesse liegendes Zusammenarbeiten zwischen Staats- und Minderheitenvölkern ist. „Keine tönenden Proteste", erklärte der zur slowenischen Minderheit Italiens gehörende Präsident Wilfan, „sollen hier erklingen, sondern wir wollen sachliche, positive, ja schöpferische Arbeit leisten." Daß der Kongreß auch zu schöpferischer Arbeit fähig ist, zeigt die geistige Höhe, auf der sich die Diskussion dauernd hielt. Und wenn es bereits gelungen ist, in bezug auf die Hauptpunkte des Programms, die Kulturautonomie und das Recht auf die Sprache, praktische Grundprinzipien aufzustellen, so zeugt das von dem Ernst, mit dem diese Praktiker des Völkerzusammenlebens an die Arbeit gehen. Manches schießt heute noch über das Ziel hinaus. So das persönliche Programm, das der deutsch-lettische Vertreter Prof. Schiemann in bezug auf eine radikale Trennung von Nation und Staat nach dem Muster einer Trennung von Kirche und Staat aufstellte. Das muß von vornherein als unmöglich gelten. Wenn aber Prof. Schiemann damit sogar die Forderung verbindet, selbst in reinen Nationalstaaten diese Trennung zu vollziehen, so bedeutet das eine völlig utopistische Zuspitzung, zu der ihm der Kongreß natürlich nicht folgen konnte. Was den Kongreß vielmehr auszeichnet, ist der eminent praktische Sinn, mit dem dort an die Arbeit gegangen wird, um gangbare Wege zur Sicherung der völligen Gleichberechtigung der Minderheiten und der Ausschaltung von Konflikten mit den Staatsvölkern zu schaffen. Mußte man noch im vorigen Jahre Zweifel in die Arbeitsfähigkeit einer so ungeheuer verschieden zusammengesetzten Gemeinschaft setzen, so ist heute bereits der Genfer Minderheitenkongreß zu einem sehr beachtenswerten politischen Faktor geworden, dessen notwendige Entwicklung außerhalb des Völkerbundes zu einer sehr bezeichnenden Verurteilung der Methoden der unfruchtbaren Genfer Völkerbundsorganisation geworden ist, dessen Einsetzung aber nicht ohne Einwirkung auf die unhaltbare Minderheitenpolitik des Völkerbundes bleiben kann.

Polens Mißachtung des Minderheitenrechts.

Gewaltsames Fernhalten der Kinder von der deutschen Schule!

Kattowitz, 27. August. Für das am 1. September d. J. beginnende neue Schuljahr sind rund 8500 Anmeldungen von Schulanfängern für die deutschen Minderheitsvolksschulen erfolgt. Daß die Zahl der Anmeldungen größer sein würde, als in den vorhergehenden Jahren, war bereits seit einiger Zeit bekannt. Sämtliche polnische Zeitungen haben deshalb schon damals einen neuen Hetzfeldzug gegen die deutschen Schulen eingeleitet und gegen den Deutschen Volksbund, wie schon aus früheren Jahren bekannt, Vorwürfe erhoben, unter denen der gehässigste der war, daß der Volksbund die polnischen Eltern bestochen und die Kinder „das Stück für 150 Zloty" verkauft habe. Selbstverständlich erwiesen sich alle von der polnischen Presse aufgestellten Behauptungen als falsch. **Mit legalen Mitteln konnte also gegen das Steigen der Anmeldungen nichts ausgerichtet werden.** Die polnischen Behörden haben jetzt jedoch einen für sie sehr einfachen Ausweg aus ihrer Verlegenheit gefunden. Sie setzten sich ohne weiteres über die einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens hinweg und

erklärten rund 7000 von den 8500 Anmeldungen für ungültig,

und zwar fast ausnahmslos **mit der Begründung, daß die Eltern Polen und die deutschen Schulen nur für die Deutschen bestimmt seien.**

Diese Begründung widerspricht den klaren Bestimmungen des Genfer Abkommens, in dem die Entscheidung darüber, welche Schule die Kinder besuchen sollen, ausdrücklich den Eltern vorbehalten ist, deren Erklärung weder nachgeprüft noch beanstandet werden darf. Offenbar hat man mit der Bekanntgabe der Ungültigkeitserklärung absichtlich bis zu dem Augenblick gewartet, in dem der Präsident der gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, in Urlaub ging. Man hofft auf diese Weise, den Verstoß gegen das Genfer Abkommen ungestört begehen zu können. **Tatsächlich besteht die Gefahr, daß die Kinder, deren Anmeldungen für ungültig erklärt worden sind, in die polnische Schule geschickt werden, da bis zu Beginn des Schuljahres das Beschwerdeverfahren nicht durchgeführt werden kann. Im allgemeinen hat man einfach die Anmeldungen all derjenigen Kinder gestrichen, deren Namen polnisch klingen.**

Bürger-, Wahl- und Sprachenrecht der Minderheiten.

Genf, 27. August. Der letzte Tag des Kongresses der nationalen Minderheiten begann mit Sitzungen der Rechts- und Kulturkommissionen. Ueber das Thema **„Sicherung des Rechts auf Staatsbürgerschaft"** sprachen in der Hauptversammlung die Abgeordneten Jakapisy (bulgarische Gruppe in Rumänien) und Nurock (Gruppe der Juden in Lettland). Auf Grund der Vorträge wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach jedermann einen Rechtsanspruch auf eine Staatsbürgerschaft habe, die ein erworbenes Recht darstelle, dessen man nur auf Grund eines eigenen Willensaktes verlustig gehen könne. Ueber das Thema **„Wahlrecht"** referierte Abgeordneter Deak (Gruppe der Ungarn in Jugoslawien). Er forderte die Aenderung des Wahlverfahrens um eine gerechte Zusammensetzung der Parlamente zu erreichen.

Anschließend referierte Abgeordneter Dr. Schiemann über die **Sprachenfrage.** Seine Ausführungen gipfelten in folgenden, zu Entschließungen erhobenen Vorschlägen: Der Staat hat lediglich den Gebrauch der Sprache in Staatsbetrieben und den Verkehr zwischen staatlichen Organen und Bürgern zu regeln. **Für den privaten und öffentlichen Verkehr kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art der Staatsbürger untereinander ist für die Wahl der von ihnen zu benutzenden Sprache uneingeschränkte Freiheit zu geben.** Jede Nationalität im Staate hat ein Recht auf Schulen in der eigenen Sprache als Unterrichts- oder Prüfungssprache. In den staatlichen Institutionen und in den Selbstverwaltungskörpern müssen im mündlichen und schriftlichen Verkehr die Sprachen des Gebiets zugelassen werden.

Eine andere Entschließung betrifft die Regelung der **Konflikte zwischen Regierungen und Minderheiten.** Sie befürwortet die Einsetzung paritätischer Kommissionen und die Verbesserung eines Verfahrens vor dem Völkerbund. — In einer dritten Resolution beschließt der Kongreß, **im nächsten Jahre wieder zusammenzutreten,** und beauftragt zu diesem Zwecke eine Kommission für die Vorbereitung der Arbeiten. Die Kommission wird eine Monatsschrift herausgeben, die in französischer und deutscher Sprache verfaßt wird.

Nach weiteren Darlegungen des Vorsitzenden, der darauf hinwies, daß das Minderheitenproblem ein Kampf um die Wahrheit sei, wurde die Sitzung geschlossen.

5,5 Milliarden Dawes-Obligationen auf dem Markt

Die Besprechungen in Evian.

Paris, 27. August. Die „Chicago Tribune" teilt mit, daß man in Londoner Finanz- und in diplomatischen Kreisen der Ansicht sei, daß bei den Verhandlungen zwischen Mellon und Parker Gilbert in Evian hauptsächlich **die Verwertung der deutschen Eisenbahnobligationen für eine Stabilisierung des Franken** erörtert worden sei. Es sei dabei eine **Ausgabe von 5½ Milliarden Mark Obligationen** geplant. Frankreich wolle entweder die deutschen Eisenbahnobligationen diskontieren oder sie als Sicherheit für eine Anleihe verwenden. In Londoner Bankkreisen sei man indes weiterhin der Ansicht, daß die Unterbringung der deutschen Eisenbahnobligationen sehr fraglich sei. (T.-U.)

Amerikanischer Wirtschaftsbericht über Deutschland.

Zunehmende Erkenntnis der wahren Lage Deutschlands.

Neuyork, 27. August. Das amerikanische Handelsdepartement veröffentlicht jetzt einen neuen Bericht, der sich vor allem eingehend mit der schlechten Wirtschaftslage Deutschlands befaßt. Es verdient starke Unterstreichung, daß **dieser amerikanische Bericht zu der Feststellung gelangt, daß der Ertrag der deutschen Unternehmungen sehr gering ist.** Dem Bericht kommt auch deshalb erhöhte Bedeutung zu, weil bisher die amtlichen Veröffentlichungen stets betont optimistisch waren und immer hervorhoben, Deutschland habe seine Krisis überwunden. Daß davon noch keinerlei Rede sein kann, wird jetzt auch in dem Bericht des amerikanischen Handelsdepartements ausgeführt, der im einzelnen hervorhebt, daß die Erträgnisse erheblich geringer seien als früher und der Kurs der deutschen Werte sich weit unter dem Vorkriegsstand halte.

Der Zweck dieser Veröffentlichung, die endlich einmal reinen Wein über die Lage Deutschlands einschenkt, wird in den amerikanischen Wirtschaftskreisen darin gesehen, **die Amerikaner vor übermäßigen Investierungen in deutschen Werten zu warnen.** Der Bericht weist ebenfalls darauf hin, daß der jetzige Kursstand der deutschen Werte teilweise veranlaßt sei durch den starken Zufluß fremden Kapitals. Die Veröffentlichung veranlaßt die amerikanischen Wirtschaftskreise weiterhin auch zu der Frage,

ob mit der Anerkennung von Deutschlands wirtschaftlichen Schwierigkeiten die amerikanische Regierung dem Problem der Revision des Dawes-Planes näher treten solle.

Die amerikanischen Wirtschaftskreise selbst haben die Revisionsnotwendigkeit betont, wogegen die Regierung bisher stets abgewinkt hat, weil die Zeit noch nicht gekommen sei. Die Haltung der Regierung scheint dabei beeinflußt zu sein durch den Wunsch, die Schuldenabkommen zuerst endgültig zu regeln, weil sie offenbar glaubt, sonst Schwierigkeiten im Kongreß und in der öffentlichen Meinung begegnen zu können.

Neuverteilung der deutschen Tributzahlungen.

Paris, 27. August. **Wie der „Intransigeant" mitteilt, wird die Repko vom 1. September ab auf Grund der Pariser Abmachungen vom 14. Januar 1925 den prozentualen Anteil Belgiens von 8 auf 4,5 Prozent herabsetzen, weil die belgische Priorität vollkommen erschöpft ist. Belgien hat demnach 2 Milliarden Goldmark erhalten. Die verfügbar werdenden 3,5 Prozent sollen im Verhältnis von 52 bzw. 22 Prozent auf Frankreich und England verteilt werden, das von nun ab über 54 Prozent aller von Deutschland geleisteten Zahlungen erhalten wird.** (W. T. B.)

Sachsens Jungdo hinter der Einigungsbewegung.

Eine eindeutige Klarstellung.

Die Pressestelle der Großballei Sachsen des Jungdeutschen Ordens teilt mit: **Infolge irreführender Pressemeldungen sehen sich die Führer des Jungdeutschen Ordens in Sachsen veranlaßt, nochmals mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß der Jungdeutsche Orden nach wie vor ganz hinter der vaterländischen Einigungsbewegung in Sachsen steht, wie dies ja auch aus der seinerzeit von der Presse gebrachten Erklärung der Jungdeutschen Ordensleitung vom 19. August sowie aus der falsch ausgelegten Erklärung des Hochkapitels des Jungdeutschen Ordens vom 25. August hervorgeht, wo es ausdrücklich heißt: „Das Hochkapitel bringt den sächsischen Brüdern Verständnis entgegen insofern, als die besonderen politischen Verhältnisse in Sachsen besondere Maßnahmen erforderlich machen könnten."**

Die jungdeutschen Führer in Sachsen sehen die täglich durch die Presse gehenden anders lautenden Meldungen nur als Störungsversuche der von Tag zu Tag erfolgreicher fortschreitenden Einigungsbewegung in Sachsen an.

Brüskierung der deutschen Studentenschaft durch die C. I. E.

Prag, 27. August. Nach Vorberatungen der Kommission wurde in der Plenarsitzung der C. I. E. am gestrigen Donnerstag ein Antrag angenommen, in dem es heißt: Das Exekutivkomitee wird beauftragt, alle durch die deutsche Studentenschaft gebotenen Gelegenheiten zu ergreifen, um eine Zusammenarbeit mit den Deutschen zu ermöglichen. Seitens der englischen und der ungarischen Delegation wurde der Antrag gestellt, die Stelle „durch die deutsche Studentenschaft gebotenen" wegzulassen. Dieser Antrag ist mit neun gegen acht Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt worden. Dafür stimmte der von den Engländern und den Ungarn geführte Block, dagegen der französisch-slawische Block. Enthalten haben sich Estland und Lettland. In Kreisen **der englischen und der ungarischen Delegation wurde erklärt, daß sie jede Verantwortung für die weitere Entwicklung des Verhältnisses der C. I. E. zur deutschen Studentenschaft ablehnen.** Ebenso wurde mit den geschlossenen Stimmen des französisch-slawischen Blocks der polnische Zusatzantrag angenommen, wonach neben der englischen, der französischen und der deutschen Verhandlungssprache auch eine slawische Sprache gebraucht werden könne. Die slawischen Delegierten sind sich darüber noch nicht einig, welche slawische Sprache hierzu verwendet werden soll. Man glaubt, daß es dieses Jahr die polnische Sprache sein wird. (T.-U.)

Die Antwort der Deutschen Studentenschaft.

Berlin, 27. August. Die Deutsche Studentenschaft muß die in den in Prag gefaßten Beschlüssen der C. I. E. zum Ausdruck gekommene Zumutung, erneut an die C. I. E. heranzutreten, ablehnen. **Die Deutsche Studentenschaft bedauert, daß durch die letzten Beschlüsse eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Studentenschaft und der C. I. E. solange unmöglich bleibt, als eine neuerliche Initiative der Deutschen Studentenschaft und somit eine Aenderung des deutschen Standpunktes verlangt wird.** Die Deutsche Studentenschaft wird weiterhin in der seit 1919 gepflegten Weise mit allen jenen Studentenschaften zusammenarbeiten, die unbeeinflußt von politischen Gesichtspunkten zwischenstaatlich das Wohl der Studenten und Hochschule erstreben. (wtb.)

Anklagen gegen Severing.

Die Schecks des Genossen Schlichting. — Ein Spekulationskonto.

Berlin, 27. August. Der Herausgeber der „Bergisch-Märkischen Ztg.", Backmeister, erhebt in dem genannten Blatte **schwere Anklagen gegen den preußischen Minister des Inneren, Severing.** Es handelt sich danach um einen Scheck von 25 000 Mark, den Severing von einem Herrn Schl. erhalten haben soll, damit er in dieser Höhe an der Gründung einer Zeitung sich beteilige. Ferner habe Schl. im September 1922 für Severing ein Spekulationskonto von 300 000 Mark bei der Bankfirma David, Hamburg, eingerichtet. Endlich soll Severing von Schl. wertvolle Geschenke angenommen haben.

Demgegenüber wird **von Severing nahestehender Seite** auf Grund des ihr mitgeteilten Materials **festgestellt,** daß sich Severing **in keiner Weise** für Schl. (es handelt sich um einen Sozialdemokraten Schlichting) dienstlich eingesetzt, noch seine Stellung zu dessen Gunsten mißbraucht habe. Schl. sei bei Severing von einigen Parteigenossen eingeführt worden. Es seien zwei Schecks von je 25 000 Papiermark, die einem Geldbetrag von 85,40 Reichsmark entsprechen, sozialdemokratischen Blättern als Darlehn gegeben worden, und zwar von Schl. direkt. Durch die Hand Severings seien die Schecks nie gegangen. **Ein Konto über 300 000 Papiermark sei von Schl. allerdings für Severing angenommen worden, aber ohne dessen Wissen.** Als Severing von der Einrichtung eines solchen Spekulationskontos erfahren habe, habe er sofort Löschung beantragt. Als ihm mitgeteilt wurde, daß das Spekulationskonto einen Gewinn ergeben habe, habe er sofort veranlaßt, daß dieser **Gewinn, etwa 60 Goldmark, für die streikenden Ruhrarbeiter abgeführt** werde. Was die Geschenke anlangt, so habe Schl. Severing solche allerdings gemacht, so zur Silbernen Hochzeit, aber Severing, dem das unangenehm gewesen sei, habe sich stets durch Gegengeschenke revanchiert. Jedenfalls habe der Minister niemals seine Stellung zum persönlichen Vorteil seiner Freunde mißbraucht.

Verbot des pfälzischen Parteitages der nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

(Durch Funkspruch.)

München, 27. August. Wie der „Pfälzische Beobachter" meldet, ist der **pfälzische Landesparteitag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei,** der für den 4. und 5. September nach Bad Dürkheim einberufen war, **verboten** worden.

Neue Zusammenstöße mit Rot-Front.

(Durch Funkspruch.)

Offenbach a. M. 27. August. **Nach der Beerdigung eines kommunistischen Stadtverordneten kam es zu Zusammenstößen zwischen Roten Frontkämpfern und Nationalsozialisten. Bei der Räumung der Straße durch die Polizei leistete die Menge mit Stöcken Widerstand. Auch fielen Schüsse aus der Menge. Zwei Polizeibeamte wurden schwer mißhandelt. Die Beamten waren gezwungen, zur blanken Waffe zu greifen. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.**

Vollstreckung der Todesurteile in Angora.

Angora, 27. August. Die vom Unabhängigkeitsgericht zum Tode Verurteilten sind hingerichtet worden.

Ein neuer Prozeß in Angora.

London, 26. August. In der nächsten Woche wird in Angora ein neuer Verschwörerprozeß beginnen. Abdul Kadir, der in Smyrna wegen Teilnahme an der Verschwörung gegen Kemal-Pascha zum Tode verurteilte türkische Politiker, wird sich vor Gericht zu verantworten haben. Abdul Kadir war bekanntlich vor kurzem an der türkischen Grenze verhaftet worden. Die türkische Polizei hat in der letzten Zeit zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich um die Festnahme von Personen, die Abdul Kadir Zuflucht und Unterstützung gewährt hatten. (T.-U.)